

tine Partei, auch die des Reichstags, war bis zum Jahr 1876 eine ausgesprochene preussische Partei. Als solche war sie lange Jahre eine Gegnerin des „Aufgehens“ Preussens im Reich. Auch nach den großen Erfolgen der Bismarckschen Politik machte ein Teil der Konservativen die Entloftung nur widerwillig mit. Der Gegensatz zu Bismarck, dem ehemaligen Parteigenossen, der im Lauf der Jahre sich auch auf dem Gebiet der Kirchenpolitik (Schulaufsichtsstreit, Volksschule) und der innern Verwaltung herausbildete, führte im Jahre 1873 zu einer Spaltung in Mi- und Reuskonservative. Während die Mi-konservativen an den altpreussischen Traditionen und besonders an ihrem der Politik der Regierung gegenüberstehenden kirchenpolitischen Grundsatzen festhielten, schlossen sich die Reuskonservativen der Bismarckschen Politik an. Die Wiedervereinigung im Abgeordnetenhaus und die Konstituierung der deutsch-konservativen Partei im Reichstag erfolgte auf Grund des Programms von 1876. Das Bekenntnis zum Christentum, welches in letzterem enthalten ist, bestimmt die Haltung der Konservativen besonders in kirchenpolitischen Fragen. Die Partei tritt ein für die konfessionelle Schule und lehnt Eingriffe der Staatsgewalt in das innerkirchliche Leben ab. Den Kulturkampf machte die Partei zum Teil nicht mit, hauptsächlich bestimmt durch die gleichzeitige Schädigung der evangelischen Kirche, deren Interessen sie vorzugsweise zu vertreten suchte. In der Reaktionsperiode vertrat sie, wie oben bemerkt wurde, auch durch die Lei die Theorie vom „evangelischen Staat Preussens“. Die heutige konservative Partei, die ihre Anhänger hauptsächlich in dem ländlichen Bezirke östlich der Elbe hat und im Parlament vorzugsweise durch adlige Großgrundbesitzer und Beamte vertreten ist, zählt neben ansehnlichen Anhängern der Regierung eine größere Anzahl Mitglieder, welche die Interessen der Landwirtschaft und besonders des altpreussischen Großgrundbesitzes mit großer Entschiedenheit und einer gewissen Einseitigkeit vertreten, besonders seit der im Jahre 1893 erfolgten Gründung des Bundes der Landwirte. In erster Linie in landwirtschaftlichen Interessen tritt die Partei für hohe Schutzzölle ein. In der Sozialpolitik macht sich die starke Betonung des Autoritätsgedankens besonders geltend. Wo es sich um Sicherung der Arbeiterrechte handelt, nimmt die Partei eine sehr reservierte Haltung ein, weil sie davon eine Stärkung der Sozialdemokratie befürchtet; letztere sucht sie nicht so sehr durch soziale Reformen als vielmehr mit den Maßnahmen des Staates zu bekämpfen. Dem Mittelstand steht sie freundlich und fördernd gegenüber. Im übrigen hat die Partei in der Sozialpolitik eine sich nicht immer gleich bleibende Haltung beobachtet. In den 1880er Jahren wurde ihre Politik stark beeinflusst durch die innerhalb der konservativen Partei und Fraktion bestehende christlich-soziale Gruppe.

Seit deren Aufheben im Jahre 1895 ist die Neigung zu sozialreformatorischen Maßnahmen, jenseit der Arbeiterkassen in Betracht kommt, geringer geworden. Die numerische Stärke der konservativen Partei des Abgeordnetenhauses hat seit Beilegung des Konflikts mit der Regierung im Jahre 1876 ständig zugenommen. Sie zählte 1889: 125, 1893: 144, 1898: 144, 1903: 144, 1908: 152 Mitglieder. Seit dem Jahre 1878 stellte die konservative Partei den Präsidenden des Abgeordnetenhauses in der Person v. Köllers und seit 1898 v. Kröner. Im Reichstag betrug die Stärke der konservativen Fraktion 1881: 50, 1884: 77, 1887: 79, 1890: 78, 1893: 67, 1898: 53, 1903: 52, 1907: 58. Die auf ihrer Kandidatenliste gefasste Stimmenzahl betrug 1907: 1 543 200, 1903: 1 296 800.

Die christlich-soziale Partei, die bis 1895 als eine besondere Gruppe innerhalb der konservativen Partei bestand, ist im Jahre 1878 unter Führung des Hofpredigers Adolf Stöcker ins Leben getreten. Die Widerstände, die Stöcker bei seinen Bestrebungen auf geistige und materielle Hebung des Arbeiterstands innerhalb der konservativen Partei entgegenbrachte, und eine gewisse Einseitigkeit und Schroffheit in der Betretung seines Standpunktes führten im Jahre 1895 zur Spaltung und zur Bildung der besonders christlich-sozialen Partei. Das Programm der Partei verlangt stieliche Organisation der Arbeiter, um in Gemeinschaft mit den andern Klassen des Staatslebens die notwendigen Reformen einzuführen, und tritt für weitgehende gesetzliche Maßnahmen zum Schutz der Arbeiter ein. Größere Bedeutung hat die jetzt im Reichstag 3 Abgeordnete zählende Partei, die anfangs nur in Berlin einen lebhaften Kampf gegen Liberalismus und Sozialdemokratie führte und die ihre Anhänger meist unter der evangelischen Arbeiterkassen im Wuppertal, in Westfalen und in Sachsen hat, bisher nicht erlangt zum Teil infolge der Mäßigkeit, welche die soziale Betätigung der Geistlichen an maßgebender Stelle fand.

Von der christlich-sozialen Partei trennte sich im Jahre 1896 unter Führung von Kaumann und v. Gerlach eine linksstehende Gruppe und bildete den nationalsozialen Verein, der sich durch starke Betonung des sozialen und des demokratisch-politischen Elements hervorrot und stark zur Sozialdemokratie hinneigte. Er ging im Jahre 1902 eine Fusion mit der freisinnigen Vereinigung ein.

Besondere regionale Verhältnisse, vor allem des wirtschaftlichen Lebens, führten in den 1880er Jahren zur Bildung ausgesprochen antisemitischer Parteien. Jetzt vertreten im deutschen Reichstag den Antisemitismus die deutsche Reformpartei mit 4 Mitgliedern und die Deutsch-Sozialen unter Siebermann v. Sonnenberg, die sich im Jahre 1908 mit den christlich-Sozialen, mit Mitgliedern des Bundes